

Bezugspreis: Vierteljahr 1.25 RM., monatlich 2.25 RM., ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Montag, den 10. Februar 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Die Deutschen in Windau niedergemacht.

Die „Freiheitsbeere“ Sowjetrusslands, die natürlichen Verbündeten der deutschen Spartakisten, haben unter den Truppen der Republik Deutschland ein gräßliches Blutbad angerichtet.

Ueber die Lage im Osten wird u. a. gemeldet: A. O. R. Nord: Bei einem erfolgreichen Vorstoß im Windau...

A. O. R. Süd: In allen Abschnitten für uns erfolgreiche Gefechte.

B. A. R.: Ein feindsicher Vorstoß bei Rawitsch wurde abgewiesen.

Die Räumung der von und noch besetzten Teile des russischen Gebietes von der Bahn Nowel-Brest-Litowsk ist bis hart südlich Brest-Litowsk durchgeführt.

Die Neubildung der Regierung.

Die wir aus Weimar erfahren, sind die Verhandlungen über die Bildung einer parlamentarischen Mehrheit und einer auf ihr beruhenden Regierung noch nicht zu Ende gelangt.

Das Problem, das bei der Neubildung der Reichsregierung zu lösen ist, liegt für jeden demokratisch Denkenden klar: wir haben in Deutschland seit dem 9. November die volle Demokratie, mit der das parlamentarische Regierungssystem untrennbar verbunden ist.

Von den übrigen Parteien der Nationalversammlung verfügt erst recht keine allein über die absolute Mehrheit.

Auf der andern Seite ist eine Blockbildung der sämtlichen bürgerlichen Parteien unter Ausschaltung der Sozialdemokratie wohl theoretisch denkbar, aber praktisch nicht durchzuführen.

Das Leben der besonnenen Elemente unter den bürgerlichen auch vollkommen ist. Es bleibt als einzige Möglich-

keit einer Mehrheitsbildung die Zusammenarbeit der Sozialdemokratie mit einer oder mehreren von den bürgerlichen Gruppen.

Mit den Deutschdemokraten verbindet die Sozialdemokratie die gemeinsame Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer völlig demokratischen Grundlage des Staatswesens.

Darüber hinaus ist mit den Deutschdemokraten ein Zusammengehen in allgemein kulturellen Fragen denkbar, während ein solches mit dem Zentrum fast unmöglich erscheint.

Nachdem ein Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien sich nicht umsetzen läßt, kann hier nur noch die reine Zweckmäßigkeitfrage ausschlaggebend sein.

Die Entschädigungsforderungen Belgiens. 10 Milliarden.

Die gesamte belgische Presse enthält die offenbar offiziöse Notiz, daß bei der Reise des belgischen Ministerpräsidenten nach London und Paris belgischerseits eine Entschädigung von 10 Milliarden von Deutschland verlangt werde.

Studentendemonstrationen in Wien.

Wien, 9. Februar. Eine Versammlung der Mitglieder der katholisch-deutschen Studentenverbindungen sprach sich in Uebereinstimmung mit der übrigen deutschen Studentenschaft und mit dem Senat der Universität für den dauernden Zusammenschluß mit Deutschland aus.

In Graz fand eine von mehreren tausend Personen besuchte Volkskundgebung für die Freiheit Deutschböhmens und des Sudetenlandes und für den Anschluß Deutschösterreichs an das Deutsche Reich statt.

Die neuen Waffenstillstandsverhandlungen.

Die „S. B.“ meldet aus Weimar: Die Mitglieder der Waffenstillstandskommission werden sich morgen von Weimar nach Trier zu den neuen Waffenstillstandsverhandlungen begeben.

Gemeindegesundheitspflege und Sozialdemokratie.

Von Stadtrat Dr. R. Silberstein-Konstanz.

Man braucht nur die neuere Geschichte der Kommunen Groß-Berlins anzuschauen, um zu erkennen, daß es vor allem dem Wirken der Sozialdemokratie zu verdanken ist, wenn in den Gemeinden Säuglingsfürsorgestellen, Säuglings-, Schulbäder, Schulpeinigung gekloffen, wenn unentgeltliche Desinfektion gegen ansteckende Krankheiten, Tuberkulosefürsorge, Krankenhäuser, Badeanstalten und vieles andere für das Volk eingerichtet wurde.

Aufs äußerste muß von den Gemeinden der Kampf gegen die Seuchen aufgenommen werden, gegen Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten und Alkoholismus.



# Die Internationale in Bern.

## Elisaf-Vothringen und die Kolonien.

Bern, 9. Februar. Die Internationale Sozialistenkonferenz setzte in der heutigen Morgen Sitzung die Besprechung über die Arbeiterfragen fort, wobei nach der Bitte Duhmans um Zurückziehung der formalen Zusatzträge die Magna Charta (Grundgesetz) einstimmig angenommen wurde.

Duhmans (Belgien) schlug sodann die Einsetzung einer Kommission, bestehend aus Vanderson, Pranting, Duhmans und je zwei Delegierten aus allen Ländern vor, deren Aufgabe es sei, den größtmöglichen Einfluss auf Paris auszuüben.

Die Ausführung der Beschlüsse der gegenwärtigen Konferenz zu ermöglichen und die Vorbereitungen zu treffen für einen im Juli oder August 1919 stattfindenden internationalen Kongress.

Servoux (Frankreich) verlangte Abweichung von der Methode, mit den bürgerlichen Parteien zusammenzuarbeiten. Ziel der Internationale müsse bleiben, die Mittel der Produktion in die Hände der arbeitenden Klassen zu bringen, wenn nötig, sogar mit der Diktatur des Proletariats.

In der Nachmittags Sitzung erstattete Wilster (Aber) aus der Kommission über territoriale Fragen hervorgegangene Endresolution Bericht, die nur die allgemeinen Grundsätze über die Regelung territorialer Fragen feststellt und von der Behandlung konkreter Einzelfragen absticht.

Grundriss (Elisaf) hat die deutschen Reichheitssozialisten um Aufklärung über die von dem Präsidenten der Nationalversammlung in Weimar Dr. David abgegebene Erklärung: „Elisaf-Vothringen ist für das Leben Deutschlands notwendig und wir werden nicht aufhören, für Elisaf-Vothringen das Recht der Selbstbestimmung zu fordern.“ (Transit-Dokumente) Das ist doch selbstverständlich, große Unruhe. Die Erklärung Dr. Davids kann bedeuten, Elisaf-Vothringen solle sein Selbstbestimmungsrecht haben im Rahmen Deutschlands. Diese Auffassung widerspricht der Haltung der deutschen Reichsdelegierten auf der Berner Konferenz, aus der man den Schluss ziehen möchte, daß die Elisaf-Vothringische Frage im moralischen Sinne gelöst sei, selbst wenn die Abstimmung noch nicht vollzogen ist, und daß die Elisaf-Vothringische Frage aus dem Rahmen der internationalen Konflikte endgültig ausgeschaltet werden solle.

Waller (Deutschland) erklärte, er könne nicht feststellen, was Dr. David wirklich gesagt hat, betriebe aber darauf, daß die Forderung elisafischer Politik auf Zutritt zu der Nationalversammlung in Weimar bereits zweimal abgelehnt worden sei. Dr. David habe nach dem ihm vorliegenden Bericht erklärt, Elisaf-Vothringen gehöre bis zur Stunde noch zum Deutschen Reich, womit er nur sagen wolle, daß das Land heute bloß de facto durch die Gewalt der Waffen zu Frankreich gefallen sei, daß aber die endgültige Entscheidung erst auf der Friedenskonferenz falle. Das von Dr. David geforderte Recht der Selbstbestimmung für Elisaf-Vothringen liege im politischen Interesse der deutschen und der französischen Sozialisten, weil nur dadurch eine deutsche Redewandlung verhindert werden könne, wie sie in Frankreich von 1871 bis 1914 geherstet habe.

Kautsky glaubt, daß es sich bei der Rede Dr. Davids um eine unnütze Provokation gehandelt habe, die von den Unabhängigen um so mehr bedauert werde, als Dr. David während des ganzen Krieges die schlimmsten Angriffe gegen die Entente-Staatsmänner gerichtet habe und heute zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt worden sei. (Französische Delegierte: Sehr richtig!) Daraus gehe hervor, daß die Wahl Dr. Davids sehr unglücklich sei. Renaudel bemerkte: Lediglich diese Erklärung Kautskys kann und befriedigen.

Vorsitz (Dänemark) erklärte, die deutsche und die dänische Delegation hätten sich in Abänderung der früher eingebrachten Resolution dahin geeinigt, daß die

### Abstimmung in Hensburg

bereits erfolgen könne, wenn ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung dies verlange. Die aus Hensburg vorliegenden Petitionen seien bereits genügend, um eine Abstimmung durchzuführen.

### Renaudel lenkte sodann die Aufmerksamkeit auf

#### die deutschen Kolonien.

Das deutsche Volk habe sein Kolonialreich nötig, und infolgedessen müsse nach dieser Richtung auf die Pariser Konferenz Einfluss ausgeübt werden.

Nachdem hierauf alle Zusatzträge zu der Resolution über die territorialen Fragen zurückgezogen wurden, wurde die Endresolution einstimmig angenommen. Alle übrigen Anträge gehen zur Weiterberatung an die permanente Kommission der Konferenz.

Wels (Deutschland) erbat die Unterstützung des Kongresses für die Forderung, alle Rechte der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich. Der Gedanke moderner Sklaverei müsse in den Kreisen der Arbeiter aller Länder Erbitterung und Erregung hervorrufen.

Göner (Deutschland) brachte eine von ihm und Renaudel unterzeichnete Resolution zur Kriegsgefangenenfrage ein, die Verbesserung der Lage in den Lagern und sofortigen Heimtransport der kranken und verwundeten Gefangenen fordert und sich gegen den Zwang der Arbeitsarbeit wendet. Göner sprach den Deutschen das Recht ab, in der Gefangenenfrage einen Protest zu erheben, da sie keinen Protest gegen die Deportation aus Frankreich und Belgien erheben hätten. Durch einen Aufruf an die deutschen Arbeiter solle eine freiwillige Hilfeleistung zum Wiederaufbau veranlaßt werden.

Die Versammlung brachte Göner eine Oubligung dar, an der sich auch die Franzosen beteiligten.

### Die Sitzung dauert fort.

## Internationale Gewerkschaftskonferenz.

Bern, 9. Februar. In der heutigen Abend Sitzung empfahl Jaussen in längeren Ausführungen das bereits von der Gewerkschaftskommission genehmigte Programm über die Arbeiterfragen, indem er betonte, daß die Durchsetzung dieser Forderungen in Paris erreicht werden könne, wenn die politische sozialistische Internationale ihre wirksame Unterstützung leiste.

Mac Wurf (England) erklärte im Namen der Kommission der englischen Delegierten seine Zustimmung zu dem Programm.

Arbeitsminister Auasi (Ungarn) hält die Verwirklichung der Programmforderungen nur insoweit für gesichert, als die politische Internationale auch die Macht habe, dieses Programm durchzuführen. Die Lage der Arbeiterschaft hänge völlig davon ab, wie der in Paris beschlossene Friede aussehen würde. Auasi verlangte von den Genossen in den Entente-Ländern

wirksamen Widerspruch gegen die imperialistischen Strömungen auf der Pariser Konferenz

und schilderte unter Anführung zahlreicher Beispiele die trostlose Lage der Arbeiterschaft in Ungarn infolge der rigorosen Maßnahmen der Entente-Truppen.

## Abrücken!

### Plünderer und Spartaisten.

Unter dem Titel „Räuberische Darstellungen“ läßt sich die „Freiheit“ aus Magdeburg schreiben:

„In der Nacht vom 8. zum 9. Februar wurden von mehreren jungen Leuten, die unter der Anführung eines Matrosen Lange standen, Raubüberfälle und schwere Plünderungen, sowie die Befreiung von 160 Gefangenen aus dem Zentralgefängnis unternommen. In der darauffolgenden Nacht sollten die Unruhen wiederholt werden, die Ungehorsamer wurden aber nach einem

Feuertreiben, bei dem mehrere Personen verwundet wurden, von der herbeigerufenen Bürgerwehr und dem Wachregiment festgenommen. Die jungen Leute hatten sich von dem Matrosen Lange in verschiedenen herabgestellten Anzeigen und Rasterzetteln gegen das Versprechen von 15–20 M. Belohnung und Aussicht auf reiche Beute anwerben lassen. Trotzdem dies feststeht, versucht die bürgerliche Presse diese Vorgänge als einen Spontanaufstand hinzustellen; zu welchem Zweck ist wohl leicht ersichtlich. Selbstverständlich stehen alle politischen Parteien, mit Einschluß der Spontanaufstandsgruppe, diesem Treiben fern.“

So — das haben wir aber gar nicht gefunden! Warum berichte denn die „rote Fahne“ vom 8. Februar über die Unschuldmachung dieser Räuberbande unter der bezeichnenden Ueberschrift: „Ein Blutbad in Magdeburg“! Diese Ueberschrift konnte doch nur den Zweck haben, daß gegen die Regierung zu werden, weil auf die bis an die Zähne bewaffneten Plünderer, die sich zur Wehr setzten, von den Regierungstruppen geschossen werden mußte! Jedenfalls beirät diese Art der Aufmachung ein sehr hohes Maß der Sympathie der „roten Fahne“ mit den Magdeburger Einbrechern, eine Sympathie, die jetzt auch — nicht nur seitens der „roten Fahne“, sondern auch seitens der „Freiheit“ — den wilden Plünderern und Schiebern der Weimarer Zeit, Mulackstraße und Umgegend in hohem Maße zu teil wird, weil diese aus leicht begrifflichen Gründen sich einer polizeilichen Durchsuchung ihrer Quartiere widersetzen haben!

# Groß-Berlin

## Geht das Fischgebiet frei?

### Wo bleiben die Seefische?

Von der Reichspost wird und geschrieben: Unter diesem Stichwort tauchen fast täglich in der Tagespresse Anfragen und Klagen über die Ursachen der gegenwärtigen geringen Verfertigung der Bevölkerung mit Seefischen auf. In den meisten Fällen wird die Schuld so dargestellt, als wenn Fische genügend vorhanden wären und nur die unzureichende Verteilung an die Verbraucher zu wünschen übrig ließe. Diese Auffassung ist wohl durch die übertriebenen und durchaus unrichtigen Mitteilungen in der Presse entstanden, daß das Meer nach der langen Schonzeit des Krieges fast wüst sei.

Die Ursachen des gegenwärtigen Fischmangels sind folgende: Unsere Hochseefischerei ist während des Krieges der fast nach erheblicher Zurückgegangenen. Die von der Marineverwaltung gebauten Fahrzeuge können zurzeit die im Krieg erlittenen Verluste nicht ausgleichen, da die Fischfahrzeuge erst umgebaut und ausgerüstet werden müssen. Unser Küstengebiet ist zurzeit so bedrängt, daß der vielleicht vorhandene reiche Segen des Meeres für uns nur einen rein theoretischen Wert hat. Während unsere Dampfer im Frieden die gesamte Nordsee, sowie einen großen Teil der Ostsee, große Teile des Atlantischen Ozeans, namentlich bei Island, beim Nordpol und das Weiße Meer besuchten, spielt sich die Fischerei gegenwärtig ausschließlich in dem außerordentlich kleinen Gebiet der Deutschen Bucht, also um Helgoland, um die Nordsee-Inseln herum, ab.

Während die Islanddampfer normalerweise 1000–1500 Zentner Fischfang anbrachten, haben die Dampfer jetzt Mühe, nach verhältnismäßig langen Reisen 100–200 Zentner Fische anzubringen. In dem augenblicklich ausschließlich zur Verfügung stehenden Küstengebiet besteht außerdem noch die ständige Gefahr der Ankerung, die besonders für neue und wertvolle Dampfer außerordentlich groß ist.

Dazu kommt, daß die Streife in den Küstengewässern schon sehr dazu geführt haben, daß das achtjährige Auslaufen der Dampfer im höchsten Grade gefährdet ist. Zu gleicher Zeit behindert die feindliche Flotte die Fischerei durch die Verhinderung der Fischerei in der nördlichen See.

Zu berücksichtigen ist ferner, daß die ausländische Einfuhr, die schon zu Friedenszeiten bei normalen Ernährungsverhältnissen etwa 70 Proz. des gesamten Verbrauchs betrug, so gut wie ganz ausgefallen ist. Dies sind im wesentlichen die einschneidendsten Ursachen, die unsere Fischzufuhr so außerordentlich ungenügend gestalten.

Es sei noch erwähnt, daß auch die sonst periodisch an den Küstengewässern der Nordsee erscheinenden Herings- und Sparten-Schwärme in diesem Jahre völlig ausgefallen sind; ebenso verhält es sich mit dem Stint, der sonst in dieser Jahreszeit die Hauptrolle für die Flus- und Küstenfischerei spielt. Sobald die Flodee aufgehoben, die Minenselder geräumt und den Reedereibetrieben die bis jetzt noch reichlichen Fischkomplexe zur Verfügung gestellt sind, wird auch die Fischzufuhr den erwünschten Ausschlag erfahren.

## Das Gebot der Stunde: Spare mit Kohle!

Die Beziehungen zwischen Braunkohle und Steinkohle werden am heutigen Vormittag in einer Vortragssitzung erörtert, die der Reichsverband zur Förderung der Braunkohle in der Ausstellung „Sparsame Braunkohle“ veranstaltet. Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung, Geheimrat Dr. Strupp, wird in seiner einleitenden Ansprache auf die bedrängte Lage unserer Kohlenwirtschaft hin, Ueber „Kohle-Export“ im Rahmen der Weltwirtschaft“ sprach. Diplom-Ingenieur Dr. Redden, Deputat beim Reichskommissar für Kohlenverteilung, knüpfte an die Rede des Reichskommissars, und besonders mit Kohle zu sparen, verdient es Beachtung, daß von dem auf jährlich 4 Millionen Tonnen geschätzten Kohlenverbrauch der Raub-, Zement- und Riegelindustrie nach Ansicht des Vortragenden 25 Proz. gespart werden könnten. Auch beim Hausbrand läßt er eine Ersparnis von mehreren Millionen Tonnen Kohlen für möglich. In der Kohlenwirtschaft werde sich ein Umschwung vollziehen, wenn die Sozialisierungspläne verwirklicht werden. Man werde dann als Maßstab für den Kohlenverbrauch in erster Linie die Verbilligung des natürlichen Bedarfs nehmen. Neben dem bestmöglichen Brennwertfaktor seien drei Hauptaufgaben der Sparformen Braunkohle: größtmögliche Einschränkung der Verwendung künstlicher Braunkohle, größtmögliche Verringerung des Brennwertfaktors bei ihrer Verfertigung und schließlich eine die Erzeugung der Wärme erleichternde Braunkohle. Aus den kürzlichen Vorträgen sei hier nur noch mitzuerzählen, was Direktor Dietrich aus der Abteilung „Heizung“ des Reichskommissars für die Kohlenverteilung über die dort eingelaufenen Vorschläge bezüglich Brennwertfaktors im Wohnungswesen“ berichtete. Auf diesem Gebiet hat in der Kriegszeit die Tätigkeit der Erfinder fast völlig verlohrt. Noch immer wird in den üblichen Kachelöfen eine unvollständige Brennwertverwertung betrieben, weil dabei nur 8 Proz. der in der Kohle enthaltenen Wärme ausgenutzt werden können. Durch Einbau sogenannter Sparricht aus Chamotte wird die Ausnutzung auch nur auf 16 Proz. gesteigert. Chemische Kohlenpulver sind nach Ansicht des Redners alle auf Tausende des Kubikmeters berechnete. Am besten habe sich in der Kriegszeit noch die Kohlsäure bewährt, die ein Viertel bis ein Drittel des Brennwertes ersparen hilft. Vielleicht werde man ein Verfahren finden, die Kohlsäure in der Kachelmaschine mit einzubauen. Sehr nötig sei noch eine Verbesserung des Kachelofens, für die schon Friedrich II. 1763 einen Preis aussetzte. Aber schon bei richtigem Heizverfahren könne ein Viertel der Feuerung gespart werden. Vor neue Aufgaben werde die Heiztechnik sich stellen müssen, wenn die Großstadtbevölkerung zum Teil auf das Land zurückfließen müsse. Diese werde auch dort auf Befriedigung ihrer Ansprüche an Beheizung dringen. Die Heizungsindustrie werde dann ein völlig neues System billiger Erzeugung und Verteilung von Wärme schaffen müssen, dem auch die Braunkohle sich anpassen habe.

## Wegen den Wohnungs- und Möbelwucher.

Die gewaltige Steigerung der Wohnungsmieten hat neuerdings zu einem ganz eigenartigen Brauch Veranlassung gegeben. Wer in die unglückliche Lage verkehrt worden ist, eine Wohnung suchen zu müssen, wird beim Durchsehen der Zeitungsanzeigen wohl nur selten auf leere Wohnungen, um so häufiger dagegen auf das Angebot von möblierten Wohnungen gestoßen sein und in vielen Fällen werden solche möblierten Wohnungen von den Vermietern nur dann abgegeben, wenn sich der Mieter verpflichtet, die Möbel zu einem unverhältnismäßig hohen Preise zu erwerben. Auf diese Weise verdrängen viele Vermieter, die auch manchmal mit Möbelfabrikanten und Möbelerkäufern unter einer Decke stehen, wiederum hohe Preise herauszuschleppen unter Ausbeutung der Notlage von Familien, die irgendwie ein Unterkommen finden müssen. Nun sind Möbel Gegenstände des täglichen Bedarfs, deren Verkauf zu Preisen, die einen übermäßigen Gewinn enthalten, durch die Preisverordnungen mit Gefängnis- und Geldstrafen bedroht ist; auch die Vermietung solcher Geschäfte unterliegt der gleichen Strafe. Ferner unterliegen die zu übermäßigen Preisen angebotenen Möbel der Beschlagnahme. Da diese Art des Wuchers überhand zu nehmen droht, hat sich das Kriegswucherkomitee der Woche angenommen und tritt bereitwillig den Mietern auf alle Fälle entgegen. Es sind daher Anzeigen über Preisverhöhnungen dieser Art gleichmäßig an das Kriegswucherkomitee, Berlin, Magazinstraße 3–5, zu richten.

Ausbeutung der Mieter. Die vorgeschickten Mietsteigerungen haben den Mieterbund Groß-Berlin veranlaßt, eine Mieterversammlung einzuberufen, welche nach Vorträgen der Herren Johann Vogel, Dr. med. Kornheim und Tenno Woch und nach eingehender Aussprache folgende Entschlüsse annahm: Die aus allen Bezirken Groß-Berlins verammelten Mieter verlangen von der Regierung, daß sie unermäßig den Mietern auf Neuvermietungen ausdehnt und mit allen Kräften auf eine wirklich soziale Mieteinstellung einwirkt. Sie verlangen ferner die Erfüllung der vom Mieterbund aufgestellten Forderungen hinsichtlich der Mieteinstellung und die baldige Erklärung sämtlicher Gemeinden Groß-Berlins zu Mieternbegünstigten. Schließlich verlangen sie einen wirksamen Schutz gegen etwaige Obdachlosigkeit der Mieter bei dem bevorstehenden Umzugsstermin.

Revolution und Schule. Am Sonnabend sprach H. L. Hillmann im Saale des Stadthauses für den Bund der Konfessionslosen. Sie schloß, wie die Schule bisher durch ihre Verbindung mit der Kirche und die ihr auferzwungene solche Staatsmoral nicht in der Lage war, wirklich fähig zu werden und Charakterbild zu wirken. Die Menschen seien vielmehr in der Schule zu geistiger Unselbständigkeit, Unwohlgefühligkeit und einseitiger Voreingenommenheit herangebildet worden. Die Revolution stehe jetzt vor großen Aufgaben. Die Trennung von Kirche und Schule sei eine ständige Aufgabe, an der Konfessionelle und Konfessionslose das gleiche Interesse haben sollten. Die ethische Erziehung in der Schule müsse durch freies Zusammenwirken der Lehrer mit den Schülern erreicht werden. Die künftige Generation solle zu selbständigem, vorurteillosem Denken und Handeln erzogen werden, dann sei das Volk erst in wahren Sinne frei und mündig.

In der sich anschließenden Aussprache war die Rede eines katholischen Geistlichen besonders bemerkenswert. Nach seinen Ausführungen ist das von der Rednerin gekennzeichnete ethische Ideal mit dem Christentum in jeder Hinsicht vereinbar. Die Morallehre des Christentums wolle ebenso gute und edle Menschen erziehen. Der verschiedene Name spiele hierbei gar keine Rolle. Die Trennung der Kirche vom Staate und der Schule befürworte er, da die wahre Religion hierunter nicht leide, sondern durch inneren Zusammenhalt nur gewinnen könne. Der Sozialismus sei eine der irdischen Lehre nahe verwandte Einrichtung. Nach Christus seien alle Menschen gleich und Brüder, daher sei Christentum und Sozialismus engstens miteinander verbunden. Jesus sei ein Mensch gewesen, der die höchste und eigenartigste Moral gemahlt habe. Die neue Weltanschauung könne daher im Sinne des Christentums und nicht gegen dieses die großen Kulturaufgaben der Gegenwart lösen.

Spurias verdrängen. In der Nacht, den 8. Januar, die 31jährige Elisabeth Margarete Körner aus der Kautzstraße 28 in Neukölln. Sie hat ihre Wohnung angeblich in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag, zwischen 8–5 Uhr, nach einem Streit mit ihrem Ehemann verlassen, während sie ihr 3 Wochen altes Kind zurückließ. Die sehr jugendlich aussehende Frau von mittlerer Statur war dunkelblond und mit einem grünlichen Bodenmahl bekleidet. Polizeiliche Nachforschungen blieben bis jetzt ergebnislos. Eventuelle Nachrichten erbittet der Vater Max Drogmann, Neukölln, Kaiser-Friedrichstr. 106.

Berliner Kraftsportverband. Am 8. ds. Mts. fand im Lehrerseminar eine gemeinschaftliche Sitzung aller Vereine des 1. Berliner Kraftsportverbandes 96 und des Berliner Scherensportverbandes statt, die, nachdem bereits Vorberhandlungen beider Verbände stattgefunden, einstimmig den Zusammenhalt beider Verbände zur Durchführung brachten. Der neu gebildete Verband führt den Namen: Berliner Kraftsportverband. Als 1. Vorsitzender wurde A. Frey, Berlin W. 67, Poststr. 1, gewählt, daneben ist auch die Geschäftsführung des Verbandes. Der Verband macht es sich zur Aufgabe, besonders die heranwachsende Jugend für den Kampfsport zu interessieren, und gelangen bereits im Monat März Jugendwettkämpfe zum Austrag.

Ein Wählereignis zugunsten des Reichsbundfonds der kolonialen Hermonen (Korps Hellen, Landesjägerskorps usw.) findet Dienstag, den 11. Februar, im Harmonien des Zoo statt.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Zentralrat. Der Zentralrat nominierte für die am Sonntag, den 23. ds. Mts., stattfindende Gemeindevahl folgende Kandidaten: Emil, Ostler; Burgemeister, Otto; Müller, Martin; Frank, Louis; Gersch, August; Kühn, Anton; Wittauer, Kurt; Thiele, Ernst; Raumann, Gustav; Braun, Carl; Dehne, Otto; Sundlach, Georg; Gernig, Paul; Truelsen, Theodor; Kimmmerer, Emil; Langhoff, Carl; Gersch, Kurt; Schreier, Otto; Embelung, Gust; Sont, Franz; Kendl, Ernst; Elmuel, Wilhelm; Jahn, Anna; Dener, Gustav.

Such. Am Dienstag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: 11 Mitgliederversammlung des Volkstums, Tagesordnung: Auffstellung der Kandidaten zur Gemeinderatswahl.

## Berichtszeitung.

### Das Verlangen nach Weibringung ärztlichen Attestes.

Die Sachhalterin einer Aktiengesellschaft erkrankte und gab der Direktion aus sofort schriftlich davon Kenntnis. Die Gesellschaft forderte daraufhin von der Erkrankten die sofortige Einreichung eines ärztlichen Attestes. Der die Angelegte behandelnde Arzt erklärte, er sei zwar krank, wolle sich aber nur gegen Zahlung von 10 M. zur Ausstellung eines Attestes verstehen. Infolge dessen unterließ es die Sachhalterin, ein Attest einzuweisen, was ihre künftige Entlohnung zur Folge hatte. Das Berliner Kaufmannsgericht, bei dem die Sachhalterin Klage führte, verurteilte antragsgemäß die Aktiengesellschaft zur Zahlung des Gehaltes des Vertragsablauf. Der Prinzipal sei, so heißt es in der Begründung, nur dann berechtigt, ein ärztliches Attest zu verlangen, wenn er sich zugleich erziele, die Kosten für das Attest zu tragen.

Verantwortlich für Politik: Otto Bauer, Berlin. Für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neukölln; für den Anzeigen-Teil: Theodor Woch, Berlin. Verlags-Vertrieb: Verlag „Die Freiheit“, Berlin, Unter den Eichen 1. Postfach 1000. Druck: Verlags-Vertrieb: Verlag „Die Freiheit“, Berlin, Unter den Eichen 1.

